Nr. 208. 43. Jahrgang. Ausgabe für Berlin und Umgegend. Abend-Ausgabe. Sonnabend, 25. April 1914

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu Effekten-Verlosungsliste No. 17.

Vor der Entscheidung.

Zu dem Waldankauf durch den Zweckverband.

Am 2. Mai soll sich die Verbandsversammlung schlüssig werden, ob sie der Vorlage des Sonderausschusses, 40 000 Morgen fiskalischer Wälder zum Preise von 50 Millionen Mark bei einer Anzahlung von 5 Millionen und unverzinslichen Jahreszahlungen von je 3 Millionen zu kaufen, zustimmen soll. Der Fiskus hatte zuerst einen weit höheren Betrag gefordert, und ist erst allmählich auf die 50 Millionen zurückgegangen. Freilich knüpft er an diese Kaufsumme die Bedingung, jederzeit zu demselben Preis (50 Pfennig per Quadratmeter) Flächen für seine Zwecke zurückkaufen zu können, auch beansprucht er Verzinsung der Restkaufsumme. Auf beides ist der Sonderausschuß nicht eingegangen. Die Forderung des Fiskus, jederzeit beliebige Flächen zu einem Einheitspreis von 50 Pfennig per Quadratmeter zurückkaufen zu können, war in der Tat unannehmbar. Denn das wäre einer ungeheueren Uebervorteilung gleich gekommen: der Staat hätte es dann in der Hand gehabt, Flächen, die infolge der weiteren Ausdehnung Groß-Berlins einen Millionenwert repräsentieren, zu dem Spottpreis von 50 Pfennig per Quadratmeter an sich zu nehmen, während der Verband die wertloseren Geländestrecken hätte behalten dürfen. Daher verlangt der Ausschuß, daß für zur Enteignung kommende Flächen gleichwertige unentgeltlich abgetreten werden. Die zweite Abänderung des Angebots des Fiskus, die Unverzinslichkeit des Restkaufgeldes, bedeutet eine wesentliche Ersparnis für den Verband, denn der Gegenwartswert der Wälder ermäßigt sich infolgedessen von 50 auf 38 Millionen, also um 12 Millionen Mark. Allein diese wesentlichen Modifikationen des fiskalischen Angebotes ermöglichten es im Sonderausschuß den Stimmen Berlins und noch einer Anzahl anderer Gemeinden den Waldankauf der Verbandsversammlung zu empfehlen.

Es sind nur zwei Möglichkeiten für das Scheitern der Waldankäufe vorhanden, mit denen gerechnet werden muß. Erstens: die Verbandsversammlung tritt dem Vorschlag des Sonderausschusses nicht bei, sondern lehnt den Verkauf ab. Das ist zwar nicht wahrscheinlich, mit ziemlicher Sicherheit wird man mit einer sogar ganz beträchtlichen Majorität rechnen können; ausgeschlossen ist es aber nicht, und deshalb muß es in Erwägung gezogen werden; und in Berlin ist in der Tat, wie die Proteste einiger Haus- und Grundbesitzervereine (über die wir schon berichteten) zeigen, eine immerhin nicht zu unterschätzende Stimmung gegen den Waldankauf überhaupt vorhanden. Es fehlt nicht an Stimmen, die die Erhaltung der Wälder rings um Berlin als Pflicht des Staates erklären, die dem Staat das Recht bestreiten, mit Waldungen, die zur Gesunderhaltung der großstädtischen Bürgerschaft unbedingt nötig sind, Spekulationsgeschäfte zu machen. Und in der Tat ist dieser Auffassung eine Berechtigung nicht abzusprechen, zumal sie noch vor einigen Jahren von der königlichen Staatsregierung selbst geteilt wurde. Ob aber unter den gegebenen gegenwärtigen Umständen dieser Standpunkt am Platze ist, erscheint sehr fraglich. Groß-Berlin besitzt kein Mittel, die Regierung zum Eingehen einer Verpflichtung, die sie nicht mehr anerkennt, zu zwingen. Lehnt die Verbandsversammlung den Waldankauf rundweg ab, so gefährdet sie die Erhaltung des für Groß-Berlin unbedingt notwendigen Wald- und Wiesengürtels. Die Verantwortung dafür, die schwere Verantwortung, wenn weite Strecken des Grunewaldes parzelliert und bebaut würden, hätte dann nicht nur der Staat zu tragen, man würde auch der Verbandsversammlung mindestens zu einem großen Teil die Schuld geben.

Aber mehr noch: Die vorliegende Entschließung ist eigentlich die erste größere Aufgabe des Zweckverbandes, versagt er hier (in den Augen der Regierung), so wird diese kaum noch ein Interesse an ihm haben, man wird ihn als verfehlt bezeichnen, und ihn vielleicht sogar nach einiger Zeit auflösen. Nun, Tränen werden wir ihm nicht nachzuweinen brauchen; es ist heute wohl dem Auge auch des ärgsten Eigenbrödlers klar geworden, daß der Zweckverband nicht im entferntesten das Sehnen des Groß-Berliners nach einer Einigung erfüllt. Er ist ein künstliches, unnatürliches Gebilde, das nicht auf den Körper paßt, den er bekleiden soll. Groß-Berlin ist wirtschaftlich eine Stadt, aber der Zweckverband ist die Organisationsform einer Provinz. Durch die Einbeziehung der Landkreise ist künstlich eine Divergenz der Interessen in die Verbandsversammlung getragen. Daher ist auch kein wirkliches Leben in der Versammlung, es fehlt eben die Gemeinsamkeit der Interessen, die in einer Stadtverordnetenversammlung, wenn die Gegensätze auch noch so scharf aufeinanderplatzen, immer wieder einen Ausgleich schafft. Etwas Wertvolles verlieren wir also im Zweckverband nicht. Die Frage ist nur, was kommt an seine Stelle? Etwas Besseres schwerlich, und diejenigen, die bei einer Aufhebung des Zweckverbandes ihre Hoffnung auf den neuen Mann im Ministerium setzen, dürften — wie so oft in der preußischen Politik — bald sehr enttäuscht werden. Namen und Personen wechseln, aber das System bleibt — vorläufig wenigstens das alte. Der Zweckverband könnte abgelöst werden durch einen „Sprecherpräsidenten", der „bis auf weiteres" die Durchführung der Aufgaben, die bisher dem Verband oblagen, übernimmt. Denn bei der preußischen Regierung ist nichts unmöglich.

Aber — wie gesagt — die Ablehnung der Vorlage des Sonderausschusses seitens der Verbandsversammlung ist nicht wahrscheinlich. Dagegen liegt es nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß sich der Fiskus nun ablehnend verhält, und auf der Annahme seines Angebotes in der ursprünglichen Form (Rückkaufsrecht und Verzinsung der Restkaufsumme) besteht. Was dann? — Soll sich die Verbandsversammlung dann in ein neues Feilschen einlassen um den Preis, zu dem den Groß-Berliner Bürgern das bißchen Luft und Licht zu belassen ist? So wichtig die Erhaltung der Wälder um Groß-Berlin, dieser Lungen der Weltstadt, auch sein mögen, hier darf der Verband, will er sich nicht um jedes Ansehen bringen, nicht weiter zurückweichen.

Die Verantwortung für die Folgen hätte dann der Staat allein zu tragen; und sollte der Waldankauf deshalb nicht zustande kommen und der Fiskus es wirklich wagen, einen Teil der Wälder zwecks Bebauung zu veräußern, so würde die Regierung wohl eine Ueberraschung erleben, die ihr recht unangenehm werden könnte. Der Groß-Berliner Bürger hat sich schon viel gefallen lassen, das aber würde er sicher nicht ruhig hinnehmen; es könnte zu einem Konflikt kommen, dem auch eine preußische Regierung nicht gewachsen wäre. Der Zweckverband hat es also durchaus nicht nötig, sich dem Fiskus bedingungslos auszuliefern; hinter ihm stände, bliebe er fest, die Bürgerschaft Groß-Berlins. Wird die Verbandsversammlung eine solche Probe bestehen können, wird sich eine Majorität finden, die ungerechtfertigten Ansprüchen des Fiskus widerstände? — Zu den 40 Stimmen Berlins, die wohl jedenfalls gegen ein weiteres Nachgehen sein werden, müßten noch mindestens die Stimmen der größten westlichen Stadt oder einer Anzahl anderer Gemeinden kommen, um eine Mehrheit in diesem Sinne zu bilden. Das Zustandekommen einer solchen Mehrheit ist zwar fraglich, aber nicht ausgeschlossen. Jedenfalls ist zu hoffen, daß, wenn es wirklich anders kommen sollte, als man erwartet, die Verbandsversammlung doch fest bleiben wird.

Dr. Carl v. Tyszka.

Das Befinden Kaiser Franz Josefs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 25. April.

Das Morgenbulletin über das Befinden des Kaisers lautet: „Die Nacht war insofern besser, als in der ersten Hälfte der Schlaf gut und wenig unterbrochen war. Die zweite Hälfte der Nacht war durch Husten häufig gestört. Appetit, Kräftezustand und Allgemeinbefinden wie gestern." Aus Schönbrunn wird dazu noch gemeldet: Die heutige Nacht hat der Kaiser im ganzen gut verbracht. Obwohl der Schlaf gegen Morgen durch Husten gestört war, ist die Nacht besser gewesen als die vorhergehende. Das Allgemeinbefinden ist zufriedenstellend. Temperatur und Puls andauernd normal, Katarrh unverändert. Der Kaiser hat auch heute gleich nach dem ersten Frühstück die gewohnte Arbeit wieder aufgenommen. Bald nach dem ärztlichen Morgenbesuch zog Erzherzogin Marie Valerie Erkundigungen über das Befinden des Kaisers ein; die Erzherzogin gedenkt heute nachmittag nach Schloß Wallsee zurückzureisen. In den ersten Morgenstunden nahm der Kaiser die üblichen Vorträge entgegen.

Doumergue über seine Gespräche mit Sir Edward Grey.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 25. April.

Einem Mitarbeiter des „Petit Parisien" hat der Ministerpräsident Doumergue erzählt, wie er mit seinem englischen Kollegen Sir Edward Grey zusammen gearbeitet hat. Die Gespräche zwischen uns, sagte er, sind sehr häufig gewesen, auf den Spazierfahrten, im Wagen und in den Bureaus des Quai d'Orsay. Die letzte Unterredung fand im Kabinett Doumergues statt und dauerte zwei Stunden. Die Frage der Neuen Hebriden, von der man gesprochen hat, ist in der Gesamtheit der besprochenen Probleme nur eine Nebensächlichkeit. Alle Gegenstände, die augenblicklich die französische und die englische Diplomatie interessieren, sowohl im Orient wie anderswo sind erörtert worden. Dabei haben wir festgestellt, daß auf keinem dieser Gebiete auch nur der geringste Meinungsunterschied vorherrsche. Auch auf die Mitarbeit der russischen Diplomatie ist in diesen politischen Gesprächen Rücksicht genommen worden. „Niemals," so sagte Doumergue, „hat die Tripleentente besser funktioniert als jetzt, und niemals ist die Uebereinstimmung der Regierungen so innig gewesen."

London, 25. April. (W. T. B.)

Die „Times" schreibt zum Besuche des englischen Königspaares in Paris: Seine Bedeutung liegt in der Tatsache, daß sein Charakter wesentlich konservativ war. Er hat nichts Neues in die

Aus der Jugendzeit.

Von [Nachdruck verboten.]

Felix Philippi.

Es gibt eine alte, ehrwürdige Anekdote. Ein Börsianer, ein berühmter Feinschmecker, erzählte von der Billigkeit der Preise in seiner Jugend. Daß Wohnung und Steuern, Lebensmittel und Vergnügungen im Vergleich zu heute, wie man zu sagen pflegt, 'nen Pappenstiel gekostet hätten, daß man für eine Tasse Kaffee mit drei großen Stücken Napfkuchen bei Kranzler zwei Silbergroschen bezahlt habe, und er schloß seine wehmütigen Betrachtungen jedes Mal mit dem schweren Seufzer: „Zu der Zeit hätte man Terrains kaufen sollen." Der ahnungsvolle Engel! Denn wer in den sechziger Jahren sein Geld in Grund und Boden angelegt hätte, würde (respektive, wenn er heute noch lebte und die Terrains jetzt verkaufte) sich täglich sogar zwei Tassen Kaffee bei Kranzler kaufen können und selbst bei dieser sinnlosen Extravaganz noch nicht einmal über seine Verhältnisse leben. Aufs deutlichste tritt wohl der Unterschied zwischen damals und heute zwischen dem Terrainwert vor fünfzig Jahren und jetzt in den Wieten zutage, die damals verlangt wurden und heute bezahlt werden; aufs klarste dokumentieren diese Laden- und Wohnungspreise den ungeheueren Aufschwung und die kaum faßbare Entwickelung, welche Berlin seit einem halben Jahrhundert erlebt hat.

Ich habe in Zeitungen aus dem Jahre 1865 nachgeschlagen. Ich kann mir nicht versagen, einige dieser Wohnungsanpreisungen wiederzugeben. Absichtlich traf ich die Auswahl unter den verschiedensten Bezirken Berlins: der Altstadt, in der sich damals schon der Handel konzentrierte, und in den noch jungfräulichen, erst gerade erschlossenen Gegenden vor dem Potsdamer Tor. „In der Leipziger Straße 110 ist zwischen der großen Friedrich- und Mauerstraße (also der späteren Goldenen 110) die schöne, elegante Belctage von elf Zimmern mit Entree, Korridor, Wasser und Gas für 700 Taler zu vermieten." Das Zimmer stellte sich also auf noch nicht 200 Mark. „In der Friedrichstraße 95 sind im ersten Stock sechs Stuben zu 500 Talern zu haben." In der Behrenstraße 6 kostet eine ebenso große Wohnung 450 Taler. Am Spittelmarkt wird ein großer Eckladen mit drei Schaufenstern und Kontorstuben für 500 Taler angeboten. Heute würden diese Räume bei einem besonders menschenfreundlich veranlagten Wirt nicht unter 12- bis 15 000 Mark zu haben sein. Recht drollig mutet uns folgende Annonce an: „Leipziger Platz 15" (in diesem Hause, dem jetzigen Mosseschen, hat übrigens Moltke gewohnt, als er von 1823 bis 1826 hier die Kriegsschule besuchte) „sind zu vermieten: die Parterres, geeignet zur Anlage von Bierrestaurants, die erste und zweite Etage zu Ressource und Kasino, die alte Reitbahn im Hof läßt sich mit geringen Kosten in einen Theatersaal verwandeln. Durch den Abbruch der Stadtmauer werden Potsdamer und Leipziger Platz vereinigt, so daß sich alsdann der schöne Leipziger Platz in der Nähe des Tiergartens, dicht an dem Boulevard zu einer gewiß reichen Geschäftsgegend umgestalten wird." Ja, damals hätte man wirklich Terrains kaufen sollen! Gehen wir vor das Potsdamer Tor, so finden wir in der Potsdamer Straße in freundlicher und ruhiger (!) Gegend eine Wohnung von vier großen Stuben mit Balkon und Garten für . . . 170 Taler. Am Schöneberger Ufer, Ecke Blumenhof, wird eine Etage, „welche unstreitig die schönste Aussicht um Berlin gewährt", für 300 Taler angeboten und in der Hohenzollernstraße 17 kosten sieben Zimmer 400 Taler. Entsinne ich mich doch noch selbst meiner in der Schellingstraße gelegenen, aus sehr großen Zimmern bestehenden elterlichen Wohnung, deren Mietpreis 400 Taler betrug. Auf die Bequemlichkeit des Bade- mußte man allerdings verzichten. Diese Wohltat wurde allgemein erst 1870 eingeführt, ebenso wie die Gasbeleuchtung auf den Straßen, die bis dahin mit Oel erhellt wurden.

Diesen beneidenswert niedrigen Wohnungspreisen entsprach die Billigkeit der Lebensmittel und der Löhne, die Wohlfeilheit der Vergnügungen, die entzückende Geringfügigkeit der Steuern, all des Notwendigen und all des Ueberflüssigen. Die „Plaisiers" waren nämlich damals schon so notwendig, wie die reizenden Steuern schon damals als vollständig überflüssig betrachtet wurden. „Zahlen beweisen" ist ein berühmt gewordenes Wort des rheinischen Physikers Benzenberg: sie beweisen nicht nur, sie sprechen oft eine sehr beredte Sprache; sie lassen uns einen Blick werfen auf die Ansprüche und auf die Anspruchslosigkeit früherer Zeiten, und sie erzählen mehr als manche nationalökonomische, mit schwerer Wissenslast beladene Abhandlung. Mir dient zur Grundlage meiner Betrachtungen das gut bürgerliche Haus, das Milieu also, in dem ich aufgewachsen bin, der „Kinderstube", in der ich meine Kindheit verlebte.

Beginnen wir mit dem Leben im eigenen Heim und einer sehr wichtigen, der Dienstbotenfrage. Eine Köchin, so eine „ganz